FRAGENKATALOG AN DAS DESIGNIERTE KOMMISSIONSMITGLIED

Roxana MÎNZATU

Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge

1. Allgemeine Befähigung, Einsatz für Europa und persönliche Unabhängigkeit

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind für Ihre künftige Tätigkeit als Mitglied der Kommission und für die Durchsetzung der allgemeinen Interessen der Union besonders relevant, insbesondere in Bezug auf das Ressort, für das Sie zuständig wären? Wie gedenken Sie zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommission beizutragen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung umzusetzen und den Gleichstellungsaspekt in alle Politikbereiche Ihres Geschäftsbereichs einzubeziehen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen umzusetzen?

Welche Garantien für Ihre Unabhängigkeit können Sie dem Parlament geben, und wie können Sie sicherstellen, dass durch Ihr vergangenes, derzeitiges und künftiges Handeln keine Zweifel daran aufkommen, wie Sie Ihr Amt in der Kommission ausüben?

Das Versprechen unserer historisch einzigartigen Europäischen Union lautet Frieden und Wohlstand, aufgebaut auf der starken Kombination von Wettbewerbsfähigkeit und dem europäischen Sozialmodell: Wir haben die Pflicht, diesem Versprechen gerecht zu werden.

Ich bin in Rumänien geboren, in der finstersten Phase der kommunistischen Diktatur. Die ersten mutigen Rufe der Menschen nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erschallten am 15. November 1987 in meiner Heimatstadt Brașov. Zwar wurde diese Revolte vom kommunistischen Regime niedergeschlagen, doch mit der rumänischen Revolution im Dezember 1989 entzündete sich der Funke der Hoffnung neu, und mein Land steuerte in eine neue Richtung, mit der EU als Versprechen und Sehnsuchtsziel zugleich. Diese Bereitschaft der Menschen, für die Werte und Rechte, die die DNA der EU ausmachen, wie Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, Opfer zu bringen, war für mich und meine Generation, die das politische Schicksal unseres Landes aus nächster Nähe miterlebt hat, stets Kompass und Inspiration. Sowohl Rumänien als auch die EU haben in knapp einem halben Jahrhundert eine beeindruckende Entwicklung durchlaufen. Es wäre mir eine Ehre, an unserer weiteren Entwicklung aktiv mitwirken zu können.

Ich verfüge über mehr als zwei Jahrzehnte Berufserfahrung in europäischen Angelegenheiten. Vom Kreisrat über das nationale Parlament und die nationale Regierung bis hin zum Europäischen Parlament war ich auf verschiedenen Ebenen tätig. Dadurch habe ich einen tiefen Einblick in das Potenzial der EU erhalten und erfahren, was wir tun müssen, um Ergebnisse zu erzielen. Als Ministerin und Staatssekretärin habe ich die rumänischen Programme im Rahmen des Europäischen Sozialfonds koordiniert, politische Maßnahmen und Reformen durchgeführt, z. B. eine systemische Reform des rumänischen öffentlichen Auftragswesens, sowie Rechtsvorschriften umgesetzt und Investitionen getätigt, die den am stärksten benachteiligten Personen, Menschen mit Behinderungen und ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zugutegekommen sind und zu einem besseren Leben für alle geführt haben. Ich habe mein Land im Rat vertreten. Meine Aufgaben habe ich stets mit Hingabe, Ehrgeiz, Verantwortungsbewusstsein und Empathie erfüllt und die Politik in den Dienst der Menschen gestellt. Sollte ich bestätigt werden, werde ich als Exekutiv-Vizepräsidentin die Umsetzung der politischen Leitlinien sowohl im Hinblick auf die spezifischen Zuständigkeiten in meinem Geschäftsbereich als auch im Rahmen meiner umfassenderen Koordinierungsaufgaben als Exekutiv-Vizepräsidentin mit ebenso großem Engagement vorantreiben.

Als designierte Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge ist mir das Privileg gegeben, die Menschen und ihre Rechte und Möglichkeiten in den Mittelpunkt meines politischen Handelns zu stellen. Auf

der Grundlage meines Mandatsschreibens von Präsidentin von der Leyen beabsichtige ich, in Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Kommissionskollegium eine ehrgeizige Agenda umzusetzen. Wir brauchen ein starkes soziales Europa, das Rechtsvorschriften, Investitionen und politische Koordinierung als Mittel einsetzt, um Armut zu bekämpfen, Wohlstand zu fördern und Fairness zu gewährleisten. Wir dürfen das Wohl unserer Kinder nicht aus dem Blick verlieren, denn sie werden einmal Erbauer und Nutznießer eines besseren Europas sein. Ebenso können wir es nicht hinnehmen, wenn benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Die Europäische Säule sozialer Rechte wird uns weiterhin als Richtschnur für unsere Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Europas dienen. Ein neuer Aktionsplan, den ich 2025 vorschlagen möchte, wird auf einem erneuerten Dialog und Zusammenarbeit mit den EU-Organen, den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern aufbauen. Ich werde alle Mitgliedstaaten besuchen, um diesen Dialog voranzubringen und ein stärkeres und handlungsorientiertes Engagement zu erreichen. Außerdem möchte ich einen neuen Pakt für den sozialen Dialog schließen, um auf der Grundlage der Beiträge der wichtigsten sozialen Akteure neue Impulse für wirksamere europäische Maßnahmen zu setzen.

Die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität muss mit der Stärkung der Handlungskompetenz der Menschen einhergehen. Dieser komplementäre Ansatz bildet die Grundlage für ein starkes Sozialmodell. Ein Modell für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit kann nur in Verbindung mit sozialen Rechten und angemessenen Löhnen bestehen. Die Union der Kompetenzen, der Deal für eine saubere Industrie und die Europäische Säule sozialer Rechte sind unverzichtbare Bausteine für die Zukunft.

Die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels erfordert einen dualen Ansatz, der auf der Vermittlung und Portabilität von Kompetenzen beruht. Ich möchte noch einmal mit Nachdruck betonen, dass Kompetenzen ein soziales Recht sind. Bildung richtet sich an alle. Sie beginnt in der Kindheit, zieht sich durch das gesamte Erwerbsleben und bietet Chancen auf ein erfülltes Leben sowie den Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Resilienz. EU-finanzierte Investitionen in Menschen sowie die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Hinblick auf eine verstärkte Vermittlung von Kompetenzen sind hierbei von wesentlicher Bedeutung. Darüber hinaus sind auch Maßnahmen erforderlich, die die Portabilität von Kompetenzen gewährleisten. Ich werde mich für einen ehrgeizigen Rechtsrahmen einsetzen, der die gegenseitige Anerkennung und alle notwendigen Fortschritte bei anderen laufenden Verhandlungen und bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Bereich des Arbeitsmarkts fördert.

Die nächste Kommission wird eine Kommission der Investitionen sein. Das umfasst auch Investitionen in Menschen. Der Schwerpunkt meiner Arbeit wird darauf liegen, den Europäischen Sozialfonds, Erasmus+ und den Klima-Sozialfonds zu nutzen, um die Ziele der Europäischen Säule sozialer Rechte zu verwirklichen, einen gerechten Übergang zu gewährleisten sowie unsere Kompetenzen und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist eine stärkere Verknüpfung von Investitionen und Reformen von entscheidender Bedeutung. Beide sollten auf die Ziele und Prioritäten der EU abgestimmt sein, damit die Maßnahmen der EU dort ansetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Es ist besonders wichtig, dass sich die nächste Kommission dem Schutz der Demokratie und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit widmet. Die Verbesserung der Bildungsergebnisse trägt ebenso wie die Förderung der Gleichstellung und der sozialen Rechte in hohem Maße zur Entwicklung demokratischer Resilienz und zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit in einer Zeit bei, in der wir autoritären Bedrohungen und externer Einflussnahme ausgesetzt sind.

Ich werde die Arbeiten zur Förderung einer integrierten Kultur der Krisenvorsorge anleiten. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger und die Gesellschaft als Ganzes in die Lage zu versetzen, künftige Herausforderungen adäquat zu bewältigen und auf mögliche neue Bedrohungen wirksam und zeitnah zu reagieren.

Als entschiedene Verfechterin der Frauenrechte freue ich mich, der Führungsebene der europäischen Institutionen anzugehören. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, mich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen, die ein grundlegender Wert, aber auch Voraussetzung für ein demokratisches Leben und eine bessere Wirtschaft ist. Mit meinem Handeln möchte ich zeigen, dass die Union durch Gleichheit und Solidarität wachsen und stärker werden kann. In allen meinen Initiativen werde ich mich für die Stärkung der Rolle der Frau einsetzen und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Dabei werde ich eng mit dem für Gleichberechtigung zuständigen Kommissionsmitglied sowie mit dem gesamten Kollegium der Kommissionsmitglieder zusammenarbeiten. Bei meiner Arbeit zur Verwirklichung der sozialpolitischen Kernziele für 2030 im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte möchte ich das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle im Vergleich zu 2019 mindestens halbieren, die neuen Barcelona-Ziele zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung umsetzen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, auch in der Telearbeit, verbessern.

Außerdem ist es an der Zeit, dass die EU das Vertrauen der neuen Generation festigt. Ich freue mich daher auf die jugendpolitischen Dialoge, die ich in den ersten 100 Tagen meines Mandats starten werde. Wir brauchen flexible Formate, um junge Menschen einzubeziehen, nicht nur im Rahmen dieses jährlichen politischen Dialogs, sondern auch bei bestimmten Kernthemen, weshalb wir für eine ganze Reihe von Initiativen in meinem Zuständigkeitsbereich einen „Jugend-Check" durchführen. Ich werde mich mit dem Rest des Kollegiums zusammenarbeiten, um eine durchgängige Berücksichtigung junger Menschen zu gewährleisten.

Sollte ich als Exekutiv-Vizepräsidentin bestätigt werden, verpflichte ich mich dazu, meine Aufgaben in völliger Unabhängigkeit und unter Einhaltung der höchsten ethischen Standards im allgemeinen Interesse der Union wahrzunehmen. Ich werde mich an den Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder halten, Situationen vermeiden, die meine Unabhängigkeit und Integrität infrage stellen, und die Präsidentin der Kommission über mögliche Interessenkonflikte unterrichten. Ich werde weder Weisungen von einer Regierung, anderen Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen einholen noch solche Weisungen entgegennehmen. Ich verpflichte mich, auch nach Beendigung meiner Amtstätigkeit die Vertraulichkeit der Informationen zu gewährleisten und die Vorschriften über Tätigkeiten und Vorteile einzuhalten. Ich verpflichte mich, den Transparenzanforderungen nachzukommen und mich nur mit Organisationen oder selbstständigen Einzelpersonen zu treffen, die im Transparenzregister eingetragen sind.

2. Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Können Sie zusagen, dass Sie das Parlament ordnungsgemäß über Ihre Tätigkeiten und die Tätigkeiten Ihrer Dienststellen informieren? Inwiefern sehen Sie sich gegenüber dem Parlament als rechenschaftspflichtig?

Welche konkreten Zusagen können Sie uns geben, was Ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament bzw. Ihre Anwesenheit sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum anbelangt und was Transparenz, Kooperation und wirksame Folgemaßnahmen zu den Standpunkten des Parlaments und Aufforderungen zur Vorlage von Gesetzgebungsinitiativen betrifft? Sind Sie im Hinblick auf geplante Initiativen und laufende Verfahren bereit, dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat zeitnah Informationen zu übermitteln und Einsicht in Unterlagen zu gewähren?

Wir können für unsere Bürgerinnen und Bürger nur etwas bewirken und uns über ihre Bedürfnisse und Erwartungen voll im Klaren sein, wenn wir uns zu einem kohärenten Dialog verpflichten und uns bei unserer Arbeit eng mit ihren direkten Vertreterinnen und Vertretern – Ihnen, den Mitgliedern des Parlaments – abstimmen. Gemeinsam tragen wir – Kommission und Parlament – zu einer stärkeren Union bei. Über meine gesamte politische Laufbahn hinweg war ich als gewählte Amtsträgerin auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene tätig. Ich habe die parlamentarische Zusammenarbeit und den interinstitutionellen Dialog gepflegt und war immer bestrebt, politische Synergien zu schaffen. Als Ministerin habe ich mich aktiv für einen ehrlichen und pragmatischen Dialog mit meinem nationalen Parlament eingesetzt. An diesem Grundsatz habe ich mich über die formalen Pflichten hinaus orientiert.

Sollte ich als Exekutiv-Vizepräsidentin bestätigt werden, verpflichte ich mich, unbeschadet des Kollegialitätsprinzips die politische Verantwortung gegenüber dem Parlament für die Tätigkeiten in meinem Zuständigkeitsbereich zu übernehmen. Ich bin entschlossen, die besondere Beziehung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission zu pflegen und eine Gleichbehandlung des Europäischen Parlaments und des Rates beim Informationsaustausch mit den Organen sicherzustellen, wie dies in der Rahmenvereinbarung von 2010 zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission festgelegt ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ist für mich von fundamentaler Bedeutung. Deshalb werde ich dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der Kommission und dem Parlament sowohl auf Ebene des Kollegiums als auch in den Bereichen, die in meine Zuständigkeit fallen, zu stärken. Ich verpflichte mich, das Parlament ordnungsgemäß über meine Tätigkeiten und die meiner Dienststellen zu informieren. Außerdem möchte ich zusammen mit dem Parlament unser europäisches Projekt weiterverfolgen und den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern pflegen: Wenn wir gemeinsam den Blick stärker darauf lenken, wie unsere Politik und unsere Gesetze auf nationaler Ebene in die Praxis umgesetzt werden, können wir den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen vor Augen führen, welche Vorteile ihnen aus unserer Arbeit erwachsen.

Transparenz ist für eine gute Entscheidungsfindung unabdingbar. Ich bin davon überzeugt, dass die regelmäßige Anwesenheit in den wichtigsten Ausschüssen, mit denen ich zu tun haben werde, eine Kultur des Vertrauens, der Transparenz und der Kollegialität hervorbringen wird, die für unsere gemeinsame Arbeit und unseren Austausch mit dem Parlament in allen Phasen des politischen Entscheidungsprozesses von entscheidender Bedeutung ist. Im

Hinblick auf meine Anwesenheit in den Plenardebatten, Ausschüssen und Trilogen werde ich strukturierte Dialoge mit meinen parlamentarischen Ausschüssen organisieren, um einen gangbaren Weg für alle vom Parlament angenommenen Entschließungen nach Artikel 225 AEUV, in denen Legislativvorschläge gefordert werden, zu finden.

Ich bin der Ansicht, dass die parlamentarische Kontrolle und die parlamentarische Initiative auf dem Dialog mit der Kommission aufbauen müssen. Unter Berücksichtigung der Grundsätze der Kollegialität und der Gleichheit bin ich der Auffassung, dass den Exekutiv-Vizepräsidentinnen und -präsidenten eine besondere Verantwortung für den Dialog mit diesem Haus zukommt.

Die Beziehungen, die ich aufbauen möchte, sollen auf Offenheit, Transparenz, gegenseitigem Vertrauen, Effizienz, ständigem Dialog, regelmäßiger Berichterstattung und Informationsaustausch basieren. Dies soll es dem Parlament einerseits ermöglichen, seine demokratische Kontrolle wirksam auszuüben, und es andererseits in die Lage versetzen, einen Konsens über politische Maßnahmen zu herzustellen. Ich werde für Transparenz gegenüber dem Parlament sorgen und es kontinuierlich informieren – insbesondere vor wichtigen Veranstaltungen und in entscheidenden Phasen internationaler Verhandlungen. In meiner Funktion als Exekutiv-Vizepräsidentin sehe ich mich besonders in der Verantwortung, an den Plenar- und Ausschussdebatten teilzunehmen. Ich stehe für bilaterale Treffen und die direkte Kommunikation mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments bereit.

Ich verpflichte mich, auf der Grundlage der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung von 2016 und der Rahmenvereinbarung von 2010 eng mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten und mich innerhalb des Kollegiums an einer Überarbeitung der Rahmenvereinbarung beteiligen, um die gemeinsame politische Verantwortung, den Dialog, den Informationsfluss und die Transparenz zu stärken.

Fragen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

3. Das Parlament ist besorgt über die Fragmentierung der Sozial- und Beschäftigungspolitik, ihre Eingliederung in verschiedene Geschäftsbereiche designierter Kommissionsmitglieder und das Fehlen der sozialen und beschäftigungspolitischen Dimension im Titel der designierten Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Mînzatu. Wie gedenkt die designierte Vizepräsidentin sicherzustellen, dass diese Fragmentierung die Verwirklichung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte nicht untergräbt? Wie beabsichtigen Sie mit den anderen Kommissionsmitgliedern zusammenzuarbeiten, um diese Ziele zu erreichen? Wären Sie auch bereit, einer Änderung Ihres Titels in „Exekutiv-Vizepräsidentin für hochwertige Arbeitsplätze, soziale Rechte, Kompetenzen und Bildung“ zuzustimmen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sozial- und Beschäftigungspolitik zu stärken und für effiziente Strukturen und Aufsicht zu sorgen?

Ich bin der Überzeugung, dass die Ernennung einer Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge im Kollegium der Kommissionsmitglieder mit dem Geschäftsbereich Kompetenzen und Bildung, hochwertige Arbeitsplätze und soziale Rechte für das soziale Europa einen großen Schritt nach vorn darstellt. Im Falle meiner Bestätigung werde ich diese Rolle mit Stolz und Demut annehmen. Als Exekutiv-Vizepräsidentin werde ich, sofern ich bestätigt werde, darauf hinwirken, unsere sozialen und arbeitsmarktpolitischen Ziele durchgängig in die Arbeit der Kommission zu integrieren. Dies ist von essenzieller Bedeutung, um die wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die unseren Wohlstand sichert, zu erhalten. Und es ist ebenso wichtig für unsere Demokratie, für die Gesundheit unserer Gesellschaft und für den grünen und den digitalen Wandel.

Im Hinblick auf die Schaffung eines stärkeren sozialen Europas ist die Europäische Säule sozialer Rechte unsere Richtschnur für eine wirksame Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU. Ein breites Spektrum an Geschäftsbereichen und Dienststellen war an den Initiativen des ersten Aktionsplans beteiligt: Beschäftigung, Kompetenzen und sozialpolitische Maßnahmen sind in allen Politikbereichen von großer Bedeutung und ermöglichen erst die volle Ausschöpfung ihres Potenzials. Ich werde dafür sorgen, dass die Ziele der Europäischen Säule sozialer Rechte in allen Politikbereichen zum Ausdruck kommen.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich sicherstellen, dass ein ehrgeiziger neuer Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte entsprechend der Ankündigung in den politischen Leitlinien entwickelt wird. Das soziale Europa zu stärken und die Grundsätze der Säule im Alltag der Bürgerinnen und Bürger Realität werden zu lassen, ist eine weitreichende Aufgabe. Ich werde mit den anderen Exekutiv-Vizepräsidentinnen und -präsidenten zusammenarbeiten sowie mit den Kommissionsmitgliedern, deren Arbeit ich anleiten soll, doch die Kooperation wird auch darüber hinausgehen. Ein ehrgeiziger und erfolgreicher Aktionsplan erfordert die Zusammenarbeit mit dem gesamten Kollegium, etwa beim Thema Wohnraum mit dem für Energie und Wohnungswesen zuständigen Mitglied der Kommission, beim Thema Gleichberechtigung mit dem für

Gleichberechtigung zuständigen Kommissionsmitglied, im Bereich der Fondsmittel mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten für Kohäsion und Reformen sowie mit dem für Haushalt zuständigen Kommissionsmitglied, bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und beim Europäischen Semester mit dem für Wirtschaft und Produktivität zuständigen Mitglied der Kommission, in Industrie- und Binnenmarktfragen mit dem Exekutiv-Vizepräsidenten für Wohlstand und Industriestrategie und beim Thema faire Klimawende mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für sauberen, fairen und wettbewerbsfähigen Wandel sowie der Kommissarin für Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum – um nur einige zu nennen. Die Säule muss vor Ort umgesetzt werden – die Umsetzung darf nicht in den Hintergrund treten – und ich werde alle verfügbaren Möglichkeiten nutzen, um mit dem Europäischen Parlament, aber auch mit den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten und es zu meiner vorrangigen Aufgabe machen, den Verpflichtungen in den Bereichen Grundrechte, Kompetenzen, Beschäftigung und Armutsbekämpfung im Einklang mit allen 20 Grundsätzen gerecht zu werden.

Einige hätten sich womöglich eine andere Formulierung für meinen Titel gewünscht. Das verstehe ich. Ich selbst freue mich über ein Ressort, in dem der Mensch an erster Stelle steht. Denn genau dafür steht das europäische Projekt: für unser oberstes Ziel, den Menschen in der EU mit ihren unterschiedlichen Nationalitäten, Lebensumständen und Perspektiven zu dienen und in ihrem Interesse zu handeln. Jeden Menschen mit seinem individuellen Entwicklungspotenzial und seinen Bedürfnissen zu berücksichtigen – das ist der Kern unseres Auftrags. Unabhängig von meinem Titel bin ich fest entschlossen, mich mit meiner Arbeit für hochwertige Arbeitsplätze, soziale Rechte, Kompetenzen und Bildung sowie allgemein für die Menschen in Europa einzusetzen. Im Falle meiner Bestätigung als Exekutiv-Vizepräsidentin werde ich jedes mir zur Verfügung stehende Instrument nutzen, um die ehrgeizigen sozialen Ziele dieses Mandats zu erfüllen.

4. Welche Gesetzgebungsinitiativen beispielsweise in den Bereichen Digitalisierung am Arbeitsplatz, Wohnen und Kollektivverhandlungen sagen Sie zu – aufbauend auf der Erklärung von La Hulpe – im Rahmen des neuen Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte vorzulegen, um die Ziele für 2030 zu erreichen? Welche konkreten Maßnahmen gedenken Sie vorzuschlagen, um dem Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel auf den Arbeitsmärkten in der Union zu begegnen und Beschäftigungsmöglichkeiten in allen Regionen der EU zu schaffen? Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmer, insbesondere gering qualifizierte Arbeitnehmer, an der Union der Kompetenzen teilhaben und ihr Recht auf berufliche Bildung sowie auf gleichberechtigten Zugang zu Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen wahrnehmen können, insbesondere vor dem Hintergrund des ökologischen und digitalen Wandels?

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigen Sie vorzuschlagen, um die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern, für eine starke und handlungsfähige Europäische Arbeitsbehörde (ELA) zu sorgen und die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit weiter zu modernisieren, zu vereinfachen und zu digitalisieren, wie in Ihrem Mandatsschreiben dargelegt?

Welche neuen und überarbeiteten Arbeitsplatz-Richtgrenzwerte für gefährliche Stoffe beabsichtigen Sie im Rahmen der EU-Rechtsvorschriften im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vorzuschlagen, um für gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu sorgen?

Die Europäische Säule sozialer Rechte ist der geeignete Kompass, an dem wir uns bei unseren kontinuierlichen Bemühungen auf dem Weg zu einem sozial gerechten und nachhaltigen Europa orientieren. Unsere Sozialstandards sind ein wichtiger Aspekt des Modells der sozialen Marktwirtschaft und langfristig von zentraler Bedeutung für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Sollte ich bestätigt werden, werde ich 2025 einen neuen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte auf den Weg bringen, um aktuelle Maßnahmen zu stärken und neue Initiativen einzuführen. Ich möchte bei den EU-Kernzielen für 2030 aufs Tempo drücken, damit wir als Minimum die gesteckten Ziele erreichen, d. h. im Bereich Beschäftigung eine Beschäftigungsquote von mindestens 78 % und eine Halbierung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungsgefälles, im Bereich Kompetenzen einen Anteil von mindestens 60 % bei den Europäerinnen und Europäern, die jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, sowie einen Anteil von 80 % bei den 16- bis 74-Jährigen, die über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen, und im Bereich Armutsbekämpfung eine Verringerung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen im Vergleich zu 2019, mindestens 5 Millionen davon Kinder. Ich möchte aber auch weitere Möglichkeiten prüfen, wie wir nicht einfach nur Arbeitsplätze, sondern hochwertige Arbeitsplätze schaffen können. Im Aktionsplan werden legislative und nichtlegislative Maßnahmen angekündigt, um sicherzustellen, dass wir unsere sozialen Zielsetzungen erreichen.

Ich möchte, dass ein Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze unser neues Paradigma wird, das es uns ermöglicht, die Chancen, die neue Technologien und digitale Ökosysteme im Hinblick auf Innovation sowie gesteigerte

Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bieten, voll auszuschöpfen. Die Arbeit zugunsten des Rechts auf Nichterreichbarkeit und des Rechts auf Telearbeit – zwei Rechte, in denen unser Einsatz für die Arbeitnehmerrechte im digitalen Zeitalter zum Ausdruck kommt – werde ich fortführen. Was offline ein Recht ist, sollte auch online ein Recht sein. Wir werden außerdem weitere Erkenntnisse für eine neue Initiative zum algorithmischen Management sammeln, mit der der Grundsatz der „Kontrolle durch den Menschen" in die Arbeitswelt eingeführt wird. Ich werde mich uneingeschränkt für die Stärkung des sozialen Dialogs und der Kollektivverhandlungen einsetzen und mich dabei auf die Mindestlohnrichtlinie und die Empfehlung des Rates zum sozialen Dialog aus dem Jahr 2023 stützen. Anfang 2025 werde ich in Zusammenarbeit mit europäischen Gewerkschaften und Arbeitgebern einen neuen Pakt für den europäischen sozialen Dialog vorschlagen. Kollektivverhandlungen und sozialer Dialog sind unerlässlich, damit sich die europäischen Arbeitsmärkte flexibel und auf inklusive Weise auf die anstehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit dem ökologischen, dem digitalen und dem demografischen Wandel einstellen können. Das Recht der Arbeitskräfte und ihrer Vertretungen auf Unterrichtung, Anhörung und Teilhabe ist unbedingt notwendig, damit sie bei der Antizipation und Bewältigung des digitalen und des ökologischen Wandels eine aktive Rolle spielen können.

Was den Wohnungsbau angeht, werde ich die Arbeit des für Energie und Wohnungswesen zuständigen Kommissionsmitglieds unterstützen, das den europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum steuert, und dafür sorgen, dass dieser Plan über eine solide soziale Komponente verfügt, die den Bedürfnissen der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, einschließlich obdachloser Menschen, entspricht, für die der Grundsatz „Housing First" der am besten geeignete Ansatz ist.

Um dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zu begegnen, hat die Kommission bereits verschiedene wichtige Initiativen vorgelegt, darunter den Aktionsplan zur Behebung des Arbeits- und Fachkräftemangels, in dem die Besonderheiten der Regionen hervorgehoben werden. Wie im Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte betont wird, sind menschenwürdige Arbeitsbedingungen unerlässlich, um Arbeitskräfte anzulocken und zu halten. Gleichzeitig sind starke Kollektivverhandlungen, angemessene und faire Löhne, die Förderung inklusiven Wachstums und die Verhinderung von Armut trotz Erwerbstätigkeit wichtig, um den Arbeitskräftemangel in der EU zu bekämpfen. Dies wurde uns während der Pandemie vor Augen geführt, insbesondere im Pflegesektor. Darum werde ich darauf hinwirken, einen kohärenten Rahmen für die Bewältigung der Herausforderungen für Arbeitskräfte in der Langzeitpflege zu schaffen – nicht nur mit dem Ziel, die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen zu erleichtern, sondern auch, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Entwicklung einer Union der Kompetenzen wird im Mittelpunkt unseres Ansatzes stehen. Sie soll den Arbeits- und Fachkräftemangel beheben und das Potenzial des Einzelnen freisetzen. Kompetenzen sind ferner unerlässlich, damit wir – als Einzelne und als Gemeinschaft – die Herausforderungen des Wandels bewältigen und den ökologischen und digitalen Wandel zu einem sozial gerechten Übergang machen können. Kompetenzen sind ein soziales Recht – ein Recht, von dem alle Menschen von Kindheit an bis ins hohe Alter profitieren sollten. Ziel ist es, dass alle Menschen in jeder Phase ihres Arbeitslebens die allgemeine und berufliche Bildung erhalten, die sie benötigen, um in der sich ständig verändernden Welt von heute agil zu sein – und dafür zu sorgen, dass diese Kompetenzen in der gesamten EU auf dem Arbeitsmarkt zum Tragen kommen und sowohl den Wünschen der Menschen, die über diese Kompetenzen verfügen, als auch dem Bedarf der Arbeitgeber entsprechen. Ich werde eine ehrgeizige Initiative für die Portabilität von Kompetenzen ausarbeiten, um sicherzustellen, dass Kompetenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt frei zirkulieren können und grenzübergreifend anerkannt werden.

Das Fundament unserer Union der Kompetenzen bilden politische Maßnahmen und Investitionen in grundlegende Kompetenzen, die Unterstützung von Lehrkräften und die Ausrichtung unserer Arbeit auf Prioritäten wie die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Flankiert wird dies durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der allgemeinen und beruflichen digitalen Bildung. Darüber hinaus werde ich ehrgeizige und gezielte Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung mit europäischem Mehrwert vorschlagen und mir Anregungen von den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Tertiärbildung in Europa holen. Um inklusiv zu sein, sollten Bildungsanbieter auch neue Möglichkeiten des Lernens anbieten, darunter im digitalen Bereich. Wir müssen KI- und datengesteuerte Rückmeldungen und Leitlinien ebenso einsetzen wie gezielte Maßnahmen zur Förderung der Vermittlung digitaler Kompetenzen. Wir brauchen flexible Lernpfade, und wir brauchen ein kompetenz- und qualifikationsorientiertes, interdisziplinäres, interkulturelles und grenzübergreifendes Lernen. Um das Ziel für 2030 im Bereich Kompetenzen zu erreichen, werde ich prüfen, wie die individuellen Lernkonten weiter gestärkt werden können. Individuelle Lernkonten ermöglichen es allen Menschen, sich weiterzubilden. Dadurch wird das Recht auf Weiterbildung ganz praktisch Realität. Ich werde mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die individuellen Lernkonten voranzubringen, insbesondere durch die Unterstützung des Lernens voneinander. Ein weiteres Schlüsselelement sind Microcredentials. Diese unterstützen die Entwicklung von Kompetenzen und die Beschäftigungsfähigkeit, indem sie die Lernergebnisse kurzfristiger

Lernerfahrungen belegen, die für den ökologischen, den digitalen und den sozialen Wandel von großer Bedeutung sind.

Hochwertige Arbeitsplätze bedeuten auch eine faire Arbeitskräftemobilität. Zuerst müssen wir die ausstehenden Arbeiten abschließen: Ich werde mit dem Parlament und dem Rat eng zusammenarbeiten, um eine Einigung hinsichtlich der Überarbeitung der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu erzielen. Ich bin mir der Komplexität dieses Dossiers bewusst und bereit, innovative Ansätze vorzuschlagen, die auf den bisher erreichten Fortschritten aufbauen.

Zweitens schließt die Kommission derzeit die Bewertung der Europäischen Arbeitsbehörde ab. Ich werde mich weiter mit der Frage befassen, wie die Tätigkeit der Europäischen Arbeitsbehörde gestärkt werden kann. Dabei werde ich mich auf die Ergebnisse der Bewertung stützen und die Beiträge der Entschließung des Parlaments berücksichtigen. Drittens werde ich eine umfassende Vision für die Digitalisierung von Dienstleistungen vorstellen, die auch Vorschläge für die Erleichterung der Meldung entsandter Arbeitnehmer umfasst. Sie wird sich auf die beiden Pilotprojekte zum Europäischen Sozialversicherungspass stützen, deren Ergebnisse voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2025 vorliegen werden.

Ich werde außerdem mit anderen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, um der in den politischen Leitlinien enthaltenen Verpflichtung nachzukommen, Regeln für die Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen zu entwickeln, Verfahren zu vereinfachen und unnötige Hürden zu beseitigen. Zusammen mit Initiativen wie dem EU-Talentpool und den Fachkräftepartnerschaften soll dies deutlich machen, dass die EU offen für die Aufnahme von Fachkräften ist und Menschen anziehen kann, deren Kompetenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Was neue und überarbeitete Grenzwerte für die berufsbedingte Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen am Arbeitsplatz angeht, hat die Kommission die zeitlichen Intervalle für die Festlegung von Werten auf EU-Ebene verkürzt. Ich möchte aber, dass wir noch schneller vorangehen. Mit diesem Aspekt werde ich mich eingehend beschäftigen, denn unsere Arbeitskräfte müssen vor der Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien geschützt sein, und die Unternehmen benötigen gleiche Wettbewerbsbedingungen. Im Strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027 sind die Stoffe aufgeführt, die in naher Zukunft im Fokus stehen werden, und ich bin entschlossen, diese Arbeit fortzuführen und gefährdete Arbeitskräfte zu schützen. Dies gilt ebenfalls für die Verhütung von Todesfällen und Unfällen am Arbeitsplatz, einschließlich psychosozialer und Muskel-Skelett-Risiken. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf den „Vision Zero“-Ansatz abheben, der zum Ziel hat, arbeitsbedingte Todesfälle zu verhindern. Ich will mehr Prävention im Hinblick auf bestimmte Gefahren, die die Folge des Klimawandels sind, wie Hitzestress oder extreme Wetterereignisse, und werde mich dafür einsetzen, dass psychosoziale Risiken, beispielsweise im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel, stärker berücksichtigt werden. Ein Großteil dieser Arbeit bezieht sich auf die ehrgeizigen Zielsetzungen der neuen Kommission für den Schutz der psychischen Gesundheit der Europäerinnen und Europäer.

In einem integrierten Ansatz zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik werde ich die soziale Dimension des Europäischen Semesters nachdrücklich fördern. Ich werde auf eine weitergehende Integration des Rahmens für soziale Konvergenz in das Semester hinarbeiten. Ein weiterer Fokus meiner Arbeit werden soziale Investitionen und Reformen sein. Unter anderem möchte ich einschlägige Überwachungs- und Bewertungsinstrumente verbessern, wie etwa die Verteilungsfolgenabschätzung, um den betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Nutzen zu ermitteln. Diese Instrumente werden für die Nachhaltigkeit aller europäischen Politiken von entscheidender Bedeutung sein.

5. Rund 95 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, darunter 19 Millionen Kinder. Selbst 11 % der Arbeitnehmer sind diesem Risiko ausgesetzt. Welche konkreten Gesetzgebungsinitiativen gedenken Sie im Rahmen der ersten EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut vorzulegen, die von der gewählten Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen angekündigt wurde? Welche Funktion würde dem Europäische Semester und der Europäischen Garantie für Kinder im Rahmen dieser Strategie zukommen, mit der sichergestellt werden soll, dass weitere Fortschritte bei der Verwirklichung des Ziels des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte, die Armut zu verringern, erreicht werden? Wie beabsichtigen Sie dafür zu sorgen, dass mit dem nächsten MFR ein entscheidenderer Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung geleistet werden kann? Welche konkreten Folgemaßnahmen beabsichtigen Sie über die Empfehlung des Rates hinaus in Bezug auf die Forderungen des Europäischen Parlaments zu ergreifen, die Angemessenheit von Mindesteinkommensregelungen sicherzustellen, ihren Anwendungsbereich zu erweitern und ihre Inanspruchnahme zu erhöhen?

Gedenken Sie eine Richtlinie über ein angemessenes Mindesteinkommen vorzuschlagen, um unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und der Besonderheiten der nationalen Sozialschutzsysteme die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt sicherzustellen?

Präsidentin von der Leyen hat in ihren politischen Leitlinien darauf hingewiesen, dass Europas Lebensweise von dem Schutz und den Chancen abhängt, die unser Sozialmodell und unsere soziale Marktwirtschaft bieten. Sollte ich als Exekutiv-Vizepräsidentin bestätigt werden, werde ich eine EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut entwickeln, die die am stärksten benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft wirksam unterstützen und soziale Ungleichheiten bekämpfen soll. Das Ausmaß und die neuen Formen von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa sind für mich nach wie vor nicht hinnehmbar. Und Kinderarmut darf in unserer wohlhabenden Gesellschaft keinen Platz haben. Wenn es uns gelingen soll, eine wettbewerbsfähigere Union zu schaffen, die in einer nachhaltigen, ökologischen Wirtschaft verankert ist, die von neuen Technologien angetrieben wird, die krisenfest und politisch stabil ist, dann müssen wir unser Augenmerk bei all unseren Entscheidungen und politischen Maßnahmen stets darauf lenken, Armut zu bekämpfen.

Unsere EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut sollte der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung neue Impulse verleihen. Dabei müssen wir bei den Ursachen von Armut ansetzen, wie Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit, niedrige Einkommen, eine schwache Anbindung an den Arbeitsmarkt, Lücken beim Zugang zu Sozialleistungen und essenziellen Dienstleistungen, Erschwinglichkeit usw.

Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu entschlossenem Handeln wird für den Erfolg der Strategie fraglos von entscheidender Bedeutung sein. Seit dem Gipfel von Porto im Jahr 2021 haben wir ein klares Ziel, das bis 2030 erreicht werden soll. Speziell müssen wir mit Blick auf soziale Inklusion und Sozialschutz darauf hinarbeiten, die Zahl der in Armut oder sozialer Ausgrenzung lebenden Menschen im Vergleich zu den Zahlen von 2019 um mindestens 15 Millionen zu senken, wobei 5 Millionen davon Kinder sein sollten. Wir müssen außerdem besonderen Wert darauf legen, den generationenübergreifenden Kreislauf der Armut zu durchbrechen und die soziale Mobilität zu fördern. Dies wird weitere erhebliche Anstrengungen erfordern – rund die Hälfte der Mitgliedstaaten verzeichnete 2023 einen deutlichen Anstieg der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen, sodass das Ziel für 2030 schwieriger zu erreichen sein wird.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass arbeitsfähigen Personen geholfen wird, einen hochwertigen Arbeitsplatz und damit einen Weg aus der Armut zu finden. Ob Kinderarmut, Armut im erwerbsfähigen Alter oder Altersarmut – Armut betrifft Menschen aller Altersgruppen. Frauen sind stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Soziale Ausgrenzung ist zudem häufig mit Diskriminierung und struktureller Ungleichheit in der Gesellschaft verbunden. Ich werde die Arbeit an der Strategie durchgängig mit unserer Arbeit an einer Union der Gleichheit verknüpfen.

2023 waren mehr als ein Fünftel der EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Haushalten mit unterhaltsberechtigten Kindern lebten, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Im Rahmen der Strategie werde ich mich mit dem Thema Pflege und der Frage befassen, wie Familien einen besseren Zugang zu hochwertiger und erschwinglicher Pflege und Pflegekräfte einen besseren Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen erhalten können.

Unsere Herangehensweise an das Armutsproblem sollte außerdem umfassend sein, d. h. sie sollte über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik hinausgehen und auch die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Steuern, Mobilität, Energie, Lebensmittel und Klimaschutz einbeziehen. In Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen werde ich die Umsetzung des Klima-Sozialfonds unterstützen, um die Energie- und Mobilitätsarmut zu bekämpfen.

Gemäß den Verträgen liegt die Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung bei den Mitgliedstaaten. In den Verträgen ist jedoch auch eindeutig das Ziel der Union festgelegt, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern – und die Aufgabe der Union, soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen zu bekämpfen sowie soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung der Geschlechter, Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes zu fördern.

Das Europäische Semester wird eine wichtige Rolle bei der Überwachung und Koordinierung der nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Ungleichheiten spielen. Im Falle meiner Bestätigung als Exekutiv-Vizepräsidentin werde ich zur Sozial-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik im Rahmen des Europäischen Semesters beitragen und mich verpflichten, dessen starke soziale Komponente zu erhalten. Aufbauend auf dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), der die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte unterstützt und Armut und soziale Ausgrenzung verringern soll, und dem neuen Klima-Sozialfonds werde

ich mit anderen Kommissionsmitgliedern an der Entwicklung ganzheitlicher politischer und finanzbezogener Antworten arbeiten. Die Arbeiten am europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum und am Aktionsplan für erschwingliche Energiepreise, die von dem für Energie und Wohnungswesen zuständigen Kommissionsmitglied gesteuert werden, sind besonders wichtig, da sichergestellt werden muss, dass diese Pläne über eine solide soziale Komponente verfügen, die den Bedürfnissen der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen Rechnung tragen, darunter obdachlosen Personen.

Im Bereich öffentliche Finanzierung und Investitionen wird es vorrangig darum gehen, dafür zu sorgen, dass die über NextGenerationEU und aus dem laufenden Haushalt verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden. Die Kohäsionspolitik, einschließlich des Europäischen Sozialfonds Plus, ist eine wichtige Stütze für die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

Der neue Klima-Sozialfonds wird ein starkes Instrument zur Bekämpfung der Energie- und Mobilitätsarmut sein und zum Erreichen der Armutsziele des Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen. In Anbetracht seiner Ziele ist es unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten den Fonds so ausrichten, dass sein Fokus auf den sozialen Auswirkungen auf die vom EHS 2 betroffenen gefährdeten Gruppen liegt. Ich werde mit den anderen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, um eine gezielte und wirkungsvolle Programmplanung des Klima-Sozialfonds sicherzustellen, mit der finanziell schwächere Haushalte, Kleinstunternehmen und Verkehrsteilnehmer über befristete direkte Einkommensbeihilfen sowie Maßnahmen und Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und zur Dekarbonisierung der Wärme- und Kälteversorgung von Gebäuden unterstützt werden sollen und ein besserer Zugang zu emissionsfreier und emissionsarmer Mobilität und entsprechenden Verkehrsmitteln ermöglicht werden soll.

Gemeinsam mit den anderen Kommissionsmitgliedern werde ich sicherstellen, dass durch seine Umsetzung strukturelle Veränderungen gefördert werden, die notwendig sind, um einen fairen und gerechten Übergang zu gewährleisten, und die die Umsetzung des EHS 2 begleiten. Wie in der Verordnung festgelegt, werden die Pläne – einschließlich der Etappenziele und Zielwerte – anhand dieses Kriteriums bewertet. Indem der Klima-Sozialfonds befristete direkte Einkommensbeihilfen bereitstellt, trägt er zur Linderung der Armut der finanziell schwächsten Haushalte bei.

Mit Blick auf die Zukunft bietet der nächste mehrjährige Finanzrahmen die Chance, unsere Ausgaben gezielter, einfacher und wirkungsvoller zu gestalten. Die Verknüpfung von Investitionen mit Reformen soll dazu beitragen, Herausforderungen in Bereichen wie Bildung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung zu bewältigen. Sowohl Investitionen als auch Reformen sollten mit den Zielen und Prioritäten der EU in Einklang gebracht werden, sodass der Schwerpunkt auf Bereichen liegt, in denen Maßnahmen der EU am dringendsten benötigt werden und größtmögliche Wirkung entfalten können.

Die Europäische Garantie für Kinder ist eine umfassende und starke Initiative, und die Mitgliedstaaten haben ihr Engagement für ihre Umsetzung unter Beweis gestellt. Sie zu einem Erfolg zu machen und weiter zu stärken, wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit sein. Wir müssen uns noch mehr anstrengen, um Ergebnisse zu erzielen – insbesondere, wenn es darum geht, die Kluft beim Zugang zu Dienstleistungen zwischen Kindern, die in Armut aufwachsen, und besser gestellten Gleichaltrigen zu schließen. Vor diesem Hintergrund werde ich auf eine Stärkung der Garantie hinarbeiten und den Mitgliedstaaten weitere Leitlinien für die Bekämpfung der Kinderarmut an die Hand geben, insbesondere im Anschluss an den Bericht 2026 der Kommission an den Rat über die erzielten Fortschritte.

Wird die Empfehlung des Rates zum Mindesteinkommen von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt, hat sie das Potenzial, die Angemessenheit der Mindesteinkommensregelungen bis 2030 erheblich zu verbessern und mehr Menschen an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Der Schwerpunkt sollte daher zunächst auf der Umsetzung der Empfehlung liegen. Dies ist eine starke horizontale Priorität der neuen Kommission. Wir werden die Mitgliedstaaten unterstützen und eine faktengestützte Politikgestaltung, das Lernen voneinander und den Austausch bewährter Verfahren durch den Ausschuss für Sozialschutz fördern. Die Kommission und der Ausschuss für Sozialschutz werden 2025 einen gemeinsamen Bericht erstellen, in dem die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung bewertet werden. Was die Armut trotz Erwerbstätigkeit betrifft, werden wir intensiv an der Umsetzung der Richtlinie über einen angemessenen Mindestlohn arbeiten, denn dieser ist das wichtigste Instrument, um sicherzustellen, dass Menschen durch ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt wirksam aus der Armut herausgeführt werden.

Fragen des Ausschusses für Kultur und Bildung

6. Wie sehen Sie die Zukunft der Bildungspolitik der EU, mit der über die Stärkung des Humankapitals der Union hinaus für ein wirksames und relevantes Lernen gesorgt werden soll, durch das Wissen, Fähigkeiten, Werte und Kompetenzen entwickelt werden, die einem ganzheitlichen Verständnis von Bildung entsprechen und einen Beitrag zur Stärkung der Vorbereitung und Resilienz künftiger Generationen darstellen? Wie gedenken Sie vor dem Hintergrund des laufenden grünen Wandels in Europa und des Wandels hin zu sauberer Industrie aktiv Strategien zu entwickeln, um die Herausforderungen in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Grundkompetenzen, digitale Kompetenzen, Bildung in den MINT- und MINKT-Fächern und unionsbürgerliche Bildung zu bewältigen?

Wir alle wissen: Bildung macht Menschen stark. Meine Vision ist es, dass ein starker europäischer Bildungsraum Europa als Ganzes stärkt. Dabei sehe ich die Zukunft der EU-Bildungspolitik tief in den Grundwerten Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gemeinsamer Wohlstand verwurzelt. Der europäische Bildungsraum als ein gemeinsamer, allen zugänglicher Raum für hochwertiges Lernen ist die treibende Kraft hinter unseren gemeinsamen Zielen, nämlich hochwertige Bildung, flexible Kompetenzentwicklung und Inklusion. Dies sind drei wesentliche Faktoren, mit denen sichergestellt werden soll, dass unsere künftigen Generationen nicht nur allgemein gut vorbereitet, sondern auch widerstandsfähig gegenüber Schocks und Herausforderungen sind. Und natürlich bildet ein starker europäischer Bildungsraum die Grundlagen für unsere künftige Union der Kompetenzen.

Unsere EU-Bildungspolitik unterstützt die Mitgliedstaaten einerseits dabei, die Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, andererseits soll sie aber auch helfen, sie auf das Leben vorzubereiten und eine Gesellschaft zu schaffen, die kritisches Denken, Kreativität und Zusammenarbeit wertschätzt. Digitale Kompetenz und Medienkompetenz, Mehrsprachigkeit und Kommunikationsfähigkeit sind von entscheidender Bedeutung, damit sich die Bürgerinnen und Bürger in einer komplexen globalisierten Welt zurechtfinden können. Eltern, Schulen, Gemeinschaften sowie Anbieter formaler und nichtformaler Bildung müssen eng zusammenarbeiten. Bildung sollte über das klassische Schulumfeld hinausgehen und die interpersonelle Vernetzung sowie die menschlichen und kulturellen Aspekte widerspiegeln.

Unsere Welt verändert sich rasch. Wir müssen eine Union der Kompetenzen schaffen, in der eine Kultur und Denkweise gefördert wird, die auf lebenslanges Lernen abzielt – sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft. Dazu bedarf es einer Einigung darüber, wie wir fortan Investitionen in Menschen – von der Geburt bis ins hohe Alter – bestimmen und bewerten wollen. Investitionen in Bildung, z. B. in die Bildung von Kindern, die von Armut bedroht sind, sorgen mittel- und langfristig für beispiellose wirtschaftliche wie soziale Gewinne. Mit Blick auf die Anerkennung aller Formen allgemeiner und beruflicher Bildung sind ehrgeizige Maßnahmen erforderlich. Vereinfachung und Digitalisierung sind hier die wichtigsten Grundsätze. Letztendlich streben wir an, dass jede Person ungeachtet ihres Hintergrunds oder ihrer Ausgangslage mit den Kompetenzen ausgestattet ist, die erforderlich sind, um eine solide berufliche Laufbahn aufzubauen und auch angesichts von beruflichem Wandel und Herausforderungen widerstandsfähig und flexibel zu bleiben. Entscheidend für unseren Erfolg werden unsere Strategien zur Unterstützung von Lehrkräften und Ausbildenden im Hinblick auf ihre Arbeitsbedingungen, Vorbereitung, Ressourcen und Karriereaussichten sein.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich darauf hinarbeiten, dass jedes Kind unabhängig von seinem sozioökonomischen Hintergrund Zugang zu hochwertiger Bildung hat und die Möglichkeit erhält, sein Potenzial voll auszuschöpfen. Die Ideen in den Ratsempfehlungen von 2022 über Wege zum schulischen Erfolg und zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung bilden einen sehr guten Ausgangspunkt.

Die PISA-Ergebnisse von 2022 sind ein Weckruf, der nicht überhört werden darf. Wir müssen entschlossen handeln. Im Falle einer Bestätigung werde ich im Rahmen der Union der Kompetenzen einen Aktionsplan für Grundkompetenzen ausarbeiten, um dem besorgniserregenden Leistungsrückgang bei den 15-Jährigen in den Bereichen Lesen, Schreiben, Mathematik und Naturwissenschaften entgegenzuwirken und bei den unzureichenden digitalen Kompetenzen gegenzusteuern. Der Schwerpunkt wird dabei auf der Verbesserung des Lehrens und Lernens, der Unterstützung von Lehrkräften sowie wirksamen unterstützenden Rahmenbedingungen liegen, die den Erfolg der Lernenden fördern. Bei diesem umfassenden Ansatz wird es nicht nur um die akademische Leistung gehen, sondern auch um die Rolle, die Wohlbefinden und sozio-emotionale Kompetenzen bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse spielen.

Eine weitere mögliche Initiative im Rahmen der Union der Kompetenzen wäre ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern, mit dem Europa in die Lage versetzt werden soll, die Perspektiven in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu verbessern. Dies wird nicht nur dem Mangel an qualifizierten Lehrkräften in MINT-Fächern entgegenwirken, sondern auch dazu beitragen, dass ein höherer Anteil von Mädchen und Frauen in MINT-Berufen tätig wird. Die Kompetenzakademien haben bereits

einen sehr wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Lehrplänen geleistet und es vielen MINT-Sektoren ermöglicht, Menschen entsprechend den sektorspezifischen Bedürfnissen auszubilden. Auf dieser Grundlage werden die europäischen Hochschulabschlüsse der Entwicklung und Anerkennung transnationaler MINT-Programme weitere Impulse verleihen. Wir können auch die Künste, Geistes- und Sozialwissenschaften in diese Initiativen einbeziehen, um zu gewährleisten, dass das Lernen die realen Herausforderungen, die sich beim Einsatz dieser Kompetenzen stellen, im Einklang mit unseren Werten und gesellschaftlichen Bedürfnissen berücksichtigt.

Insgesamt werden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem europäischen Hochschulabschluss mit Entschlossenheit fortgesetzt werden müssen – in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Hochschulsektor.

Ein modernes Bildungssystem muss auch dem umfassenden digitalen Wandel gerecht werden. Das digitale Zeitalter birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Unabdingbar ist aber, dass alle Bürgerinnen und Bürger digital kompetent sind. Die EU muss ihre Anstrengungen zur Vermittlung digitaler Kompetenzen auf allen Ebenen – von der frühkindlichen Bildung bis hin zu Programmen des lebenslangen Lernens – verstärken und digitale Kompetenzen in die zentralen Lehrpläne integrieren. Mit dem Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027 wurde ein solider Rahmen vorgegeben, aber wir müssen die Reformen beschleunigen, um die Ziele der digitalen Dekade zu erreichen. Mit Blick auf die Zukunft sollte sich die EU mit Schlüsselbereichen wie Netzanbindung der Schulen, digitale Instrumente im Klassenzimmer und fortgeschrittene digitale Kompetenzen in Bereichen wie KI, Programmierung und Cybersicherheit befassen. Im Rahmen der Union der Kompetenzen möchte ich eine umfassende Überprüfung des Aktionsplans für digitale Bildung vornehmen.

Nachhaltigkeitserziehung ist der Schlüssel zu einer grünen und nachhaltigen Zukunft Europas. Wir müssen wichtige Instrumente wie den europäischen Kompetenzrahmen für Nachhaltigkeit (GreenComp) optimal nutzen. Aspekte der Ökologisierung könnten auch durch die Arbeit der Lehrkräfteakademien unterstützt und im Zusammenhang mit lebenslangem Lernen und individuellen Lernkonten optimiert werden.

Eine strategische Säule der Union der Kompetenzen ist die berufliche Aus- und Weiterbildung, der mehr Gewicht verliehen werden muss. Denn sie eröffnet die entscheidenden Wege zur Beschäftigung und vermittelt die Kompetenzen, die von den Unternehmen benötigt werden. Sollte ich bestätigt werden, werde ich eine Europäische Strategie für die berufliche Aus- und Weiterbildung ausarbeiten. Mein Ziel ist es nicht nur, dafür zu sorgen, dass mehr Menschen einen Berufsbildungsabschluss erwerben, sondern auch die Qualität, die Anerkennung und die EU-Dimension dieses wertvollen Bildungskonzepts zu verbessern und so Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu fördern. Unser starkes Paket von EU-Mitteln unter direkter oder geteilter Mittelverwaltung spielt eine entscheidende Rolle bei der Weiterqualifizierung und Umschulung von Arbeitskräften, und ich werde mit meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen daran arbeiten, unsere Investitionen besser auf strategische Sektoren auszurichten, die auch wertvolle Chancen für unsere Jugend bieten.

Ich möchte, dass wir unsere jüngeren Generationen besser über Europa, seine Werte, seine Geschichte und seine gemeinsame Identität aufklären, die auf Einheit in Vielfalt beruht. Die Stärkung der demokratischen Werte und der demokratischen Teilhabe sowie die Förderung der europäischen Identität und der aktiven Bürgerschaft stehen im Mittelpunkt aller Leitprogramme, einschließlich Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps. Lehrkräften kommt eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, europäische Werte anzusprechen und das Bewusstsein dafür zu schärfen. Im Falle meiner Ernennung werde ich mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die europäische Dimension im Unterricht weiter zu stärken. Sollte ich bestätigt werden, möchte ich Verbindungen zu der Arbeit am Schutzschild für die Demokratie herstellen, die vom Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit geleitet wird.

Bildung ist eine verbindende Kraft und ein grundlegendes Element aller gut funktionierenden Demokratien. Erasmus+ bringt junge Menschen aus allen Teilen Europas zusammen. Ich werde dieses Programm weiter stärken. Um die europäische Identität über Generationen und Nationen hinweg zu festigen und zu vertiefen, ist es von entscheidender Bedeutung, die Erasmus+-Mobilitätsaktivitäten noch inklusiver zu gestalten und insbesondere sicherzustellen, dass die am stärksten benachteiligten und schutzbedürftigen Personen ebenfalls von dem Programm profitieren können. Dabei wird es wichtig sein, die im Rahmen der Studierendenmobilität gesammelten Erfahrungen mithilfe der Digitalisierung noch wertvoller zu machen.

7. Wie sieht Ihr Plan für die Zukunft des europäischen Bildungsraums aus, der bis zum Jahr 2025 vollendet werden soll, in Verbindung mit der Anerkennung und grenzüberschreitenden Übertragbarkeit von Qualifikationen, Abschlüssen und Zertifizierungen in allen Bildungsbereichen in formalen, informellen und nichtformalen

Kontexten? Wie gedenken Sie insbesondere dringende EU-weite Herausforderungen wie den Mangel an Lehrern, deren Ausbildung und prekäre berufliche Situation anzugehen?

Der europäische Bildungsraum ist eine Strategie, mit der – gemäß dem ersten Grundsatz der Europäischen Säule sozialer Rechte – allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen von hoher Qualität für alle grenzüberschreitend zugänglich gemacht werden sollen. Dieses Bekenntnis zu Inklusivität und Exzellenz in der allgemeinen und beruflichen Bildung ist von wesentlicher Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Europäerinnen und Europäer über die (grenzüberschreitend anerkannten) Kompetenzen verfügen, die es braucht, um sich in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können und die Union der Kompetenzen Wirklichkeit werden zu lassen.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich am europäischen Bildungsraum arbeiten und einen gemeinsamen Ansatz für Kompetenzentwicklung, Lernmobilität, Qualität und Inklusivität fördern. Diese Arbeiten werden sich auf die Erkenntnisse aus der noch laufenden Bewertung des europäischen Bildungsraums stützen.

Ein Schlüsselelement des europäischen Bildungsraums ist die Anerkennung von Qualifikationen, die für die Mobilität der Lernenden, auch unter Erasmus+, und für die Mobilität von Talenten in ganz Europa von zentraler Bedeutung ist. Der Rahmen steht bereits, allerdings ist das Tempo der Umsetzung uneinheitlich – nur die Hälfte der Mitgliedstaaten hat ausreichende Fortschritte erzielt. Der Vorschlag der Kommission vom März 2024 für eine Empfehlung des Rates über ein Qualitätssicherungs- und Anerkennungssystem ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die automatische Anerkennung für alle Lernenden Wirklichkeit werden zu lassen. Um die Arbeit in diesem Bereich voranzubringen, wird meine Priorität eine zeitnahe Einigung und eine entschlossene Umsetzung der Maßnahmen sein.

Eine neue Initiative für die Portabilität von Kompetenzen wird es uns ermöglichen, die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen auszuweiten. Damit würde ein Rahmen eingerichtet, in dem sämtliche in einem Land oder Unternehmen erworbenen Kompetenzen bzw. Qualifikationen in einem anderen Land oder Unternehmen anerkannt und akzeptiert werden können – im besten Dienste der Menschen und des Arbeitsmarkts. Dies wird zur Schaffung eines echten europäischen Raums beitragen, in dem Wissen, Kompetenzen und Talente frei zirkulieren können.

Darüber hinaus müssen wir die Anerkennung von Zertifizierungen ausweiten, insbesondere durch die Ratsempfehlung von 2022 zu Microcredentials. Diese kurzen, flexiblen Lernoptionen spielen eine wichtige Rolle bei der Weiterqualifizierung und Umschulung in Europa. Durch sie kann sich die Bildung besser an die Bedürfnisse unserer sich wandelnden Wirtschaft anpassen. Ich werde auch das nichtformale und informelle Lernen nachdrücklich unterstützen und seine Validierung fördern, auch durch Jugendarbeit, und lernerzentrierte, auf Beteiligung und Innovation ausgerichtete Formen allgemeiner und beruflicher Bildung anbieten, die auch das Lernen für eine aktive Bürgerschaft unterstützen. Weniger formale Lernumgebungen wie Jugendarbeit, Sportvereine oder kulturelle Aktivitäten können zu einer inklusiveren Bildung beitragen. Sollte ich bestätigt werden, werde ich in Zusammenarbeit mit dem für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Kommissionsmitglied auch eine stärkere Fokussierung auf die Lern- und Kompetenzaspekte dieser Maßnahmen anstreben.

Derzeit gibt es in 24 Mitgliedstaaten einen Lehrkräftemangel. Das bedeutet weniger Unterricht, weniger Unterstützung und in der Folge einen Bildungsverlust für die nächste Generation. Es ist sowohl für unsere Wettbewerbsfähigkeit als auch für unseren sozialen Zusammenhalt essenziell, dass der Lehrerberuf attraktiv ist. Zwar fällt es in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, den Lehrkräftemangel zu beheben und dem Ausbildungsbedarf gerecht zu werden. Jedoch kann und sollte die EU diese gemeinsamen Anstrengungen unterstützen und mit den Mitgliedstaaten, Lehrkräften, Sozialpartnern, Lernenden und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um zur Bewältigung dieser und anderer anhaltender Herausforderungen in unseren Bildungssystemen beizutragen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich daher eine EU-Lehrkräfteagenda vorschlagen, die sich auf die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung und die Karriereaussichten von Lehrkräften in der EU konzentriert. Ich werde auch die Möglichkeiten einer Europäischen Schulallianz prüfen, die auf eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Mobilität zwischen Schulen in ganz Europa abzielt. Nur durch diese gemeinsamen Anstrengungen – unter Einbeziehung der Mitgliedstaaten, der Lehrkräfte, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und der Lernenden – können wir die anhaltenden Herausforderungen in unseren Bildungssystemen bewältigen.

8. Innerhalb der EU sind wir mit der Problematik der Abwanderung von hoch qualifizierten Kräften im Bereich der Hochschulbildung konfrontiert. Wie gedenken Sie diese Herausforderung aktiv und gezielt anzugehen und wie

beabsichtigen Sie in diesem Zusammenhang, die Allianzen der Initiative „Europäische Hochschulen" weiterzuentwickeln und die Arbeit am „Europäischen Hochschulabschluss" weiterzuführen? Wie beabsichtigen Sie darüber hinaus, die aus der derzeitigen Durchführung des Programms Erasmus+ gewonnenen Erkenntnisse bei der Ausarbeitung des Folgeprogramms umzusetzen, und welche Strategie gedenken Sie zu verfolgen, um die Kernziele und -prioritäten des Programms unter Berücksichtigung möglicher künftiger Haushaltszwänge beizubehalten?

Europa muss sowohl ein attraktiver Bildungsstandort als auch ein Ort sein, an dem sich Talente entfalten und verwirklichen können, ein Ort, der die besten Talente aus allen Sektoren anzieht, einschließlich der Hochschulbildung, und der zudem wettbewerbsfähig genug ist, um sie in den europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften zu halten. In diesem Sinne müssen unsere Universitäten auf der globalen Bühne wettbewerbsfähiger und attraktiver werden, unabhängig von ihrer Region. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa alles hat, was es braucht, um dieses Ziel zu erreichen, einschließlich einer umfassenden akademischen Exzellenz. Allerdings wird unser echtes Potenzial oftmals durch Fragmentierung und zu kleinteilige Herangehensweisen eingeschränkt. Um dem entgegenzuwirken, müssen Hochschulen in Europa stärker zusammenzuarbeiten.

Wir sollten daher die europäische Hochschulstrategie vorantreiben, die darauf abzielt, Hochschuleinrichtungen in ganz Europa zu stärken. Eine ihrer Leitinitiativen, die im Rahmen von Erasmus+ geförderte Initiative „Europäische Hochschulen", fördert die engere Zusammenarbeit von Hochschulen aus allen Teilen Europas, einschließlich ländlicher Gebiete und Gebiete in äußerster Randlage. Durch die Einrichtung europäischer interuniversitärer Campus könnten die Allianzen der Initiative „Europäische Hochschulen" den Studierenden in Zusammenarbeit mit Forschungsabteilungen und Unternehmen Zugang zu einem vielseitigeren und besseren Bildungsangebot verschaffen. Dadurch, dass die Hochschulen ihr Fachwissen, ihr Knowhow und ihre Ressourcen bündeln und mithin komplementäre Stärken kombinieren, die an einer Einrichtung alleine so nicht verfügbar sind, wird es den Studierenden ermöglicht, ein breiteres, vielfältigeres und zukunftsorientiertes Spektrum an Fähigkeiten und Kompetenzen aufzubauen. Solche Allianzen fördern eine ausgewogene Mobilität von Talenten und bieten Studierenden einzigartige Möglichkeiten, einen Hochschulabschluss auf hohem Niveau zu erwerben sowie gleichzeitig Mobilitätsangebote zu nutzen und in mehreren europäischen Ländern zu studieren. Wir müssen also diese vielversprechenden Maßnahmen voranbringen, indem wir Anreize dafür schaffen, dass sich mehr Universitäten diesem Ansatz anschließen, und die Vorteile für Lehrkräfte, Studierende und künftige Arbeitgeber aufzeigen.

Das Konzept für einen europäischen Hochschulabschluss, das von mehreren Europäischen Hochschulallianzen vorangetrieben wird, eröffnet allen Hochschuleinrichtungen neue Möglichkeiten, ihren Studierenden einen hochkarätigen und allgemein anerkannten Abschluss zu bieten, auch in Bereichen, die für Europa von strategischer Bedeutung sind. Sollte ich bestätigt werden, werde ich die einschlägigen Arbeiten weiter voranbringen und mich für die praktische Umsetzung des europäischen Hochschulabschlusses gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und Interessenträgern im Bereich der Hochschulbildung einsetzen – für die Zukunft unserer Studierenden und für die Zukunft Europas. Ich möchte einen meiner Umsetzungsdialoge der Frage widmen, was weiteren Fortschritten in dieser Sache im Wege steht.

Seit über 35 Jahren unterstützt Erasmus+ Menschen dabei, von Lernerfahrungen im Ausland zu profitieren sowie neue Kompetenzen und Fähigkeiten wie Empathie, Vertrauen, Aufgeschlossenheit, kritisches Denken, Achtung der Vielfalt und aktive Bürgerschaft zu erwerben. Ein erneuertes und gestärktes Programm Erasmus+ wird Wettbewerbsfähigkeit und soziale Inklusion fördern und zur Wahrung unserer demokratischen Werte beitragen. Vor diesem Hintergrund werde ich im Falle meiner Bestätigung auf den Erfolgen des Programms aufbauen, um überzeugende Argumente für seine nächste Generation zu liefern. Unsere Ziele sind ehrgeizig. Im Draghi-Bericht wird ein „Erasmus für alle" gefordert, eine Forderung, die sich auch in der Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung" widerspiegelt. Die Nachfrage nach Lernmobilität und Zusammenarbeit übersteigt das, was das aktuelle Programm leisten kann. Wie in den politischen Leitlinien dargelegt, müssen wir Erasmus+ stärken, unter anderem im Bereich der beruflichen Bildung. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen ist die Gelegenheit, unsere Bildungsausgaben einfacher zu gestalten und wirkungsvoller einzusetzen. Daher müssen wir bestehende Maßnahmen verstärken sowie Verbesserungen und weitere Vereinfachungen vorschlagen, um mit einer sich rasch wandelnden Welt Schritt zu halten und die europäische wie internationale Zusammenarbeit zu intensivieren. Das Programm Erasmus+ birgt einzigartige Möglichkeiten, Europäerinnen und Europäer einander näherzubringen sowie Wettbewerbsfähigkeit, Inklusion, demokratische Teilhabe und die Grundwerte der EU zu fördern.

<u>Frage des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres</u>

9. Wie beabsichtigen Sie angesichts der dringenden Notwendigkeit einer Vorsorgekultur der EU gegenüber neu auftretenden Bedrohungen, die die Stabilität und Sicherheit unserer Gesellschaft beeinträchtigen könnten, dazu beizutragen, die Fähigkeiten der EU auszubauen, Bedrohungen zu erkennen und eine koordinierte Krisenreaktion rasch und wirksam umzusetzen?

Die schiere Zunahme und Komplexität der Bedrohungen in den Bereichen Klima, Gesellschaft, technologische Sicherheit und Geopolitik, denen sich die EU gegenübersieht, machen es erforderlich, dass die EU ein strategischeres, umfassenderes und besser integriertes Krisenmanagementkonzept entwickelt.

Sollte ich als Exekutiv-Vizepräsidentin bestätigt werden, werde ich die Arbeiten an einer Strategie der Union zur Krisenvorsorge leiten und dabei auf dem Bericht über die zivile und militärische Vorsorge und Bereitschaft der EU aufbauen, den der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö vorlegen wird.

Ziel ist es, eine stärkere und besser gewappnete Union zu schaffen, die auf einem gesamtgesellschaftlichen, ressortübergreifenden, alle Gefahren berücksichtigenden und sektorübergreifenden Vorsorgekonzept sowie einer engeren zivil-militärischen Zusammenarbeit fußt.

Dazu gehört auch, die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen meiner umfassenderen Arbeit in den Bereichen Kompetenzen und Bildung mit den erforderlichen Kompetenzen auszustatten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf das gesamte Spektrum der vom Menschen verursachten oder natürlichen Krisen und Schocks vorbereiten, von Sicherheitsbedrohungen – einschließlich hybrider und in zunehmendem Maße auch Cyberbedrohungen – bis hin zu Katastrophen, die durch den Klimawandel und die Umweltzerstörung verursacht werden und sich auf andere Bereiche unserer Gesellschaft wie Gesundheit, Sozialfürsorge und Landwirtschaft auswirken.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich in dieser Sache mit der für Krisenvorsorge und -management zuständigen Kommissarin zusammenarbeiten. Als Exekutiv-Vizepräsidentin werde ich meinen Teil dazu beitragen, die verschiedenen beteiligten Arbeitsbereiche zusammenzubringen. Ganz im Geiste von Team Europa werde ich eng mit allen Kommissionsmitgliedern und unseren Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Die Strategie der Union zur Krisenvorsorge wird die Grundlagen dafür schaffen, dass Europa durch Übungen und Tests Schwachstellen besser im Voraus ermitteln und angehen kann und in der Folge auf gut koordinierte und integrierte Weise Krisen vorbeugt, ihnen standhält und auf sie reagiert.

Wir fangen dabei nicht bei Null an: Die EU hat bereits wichtige Instrumente zur Prävention und Erkennung von Krisen sowie zur Koordinierung der Krisenreaktion entwickelt, wie das Katastrophenschutzverfahren der Union, und wir werden auf diesen Instrumenten weiter aufbauen. Dazu gehört auch die strategische Reserve der EU an Bewältigungskapazitäten („rescEU“), die aufrechterhalten und weiter gestärkt werden muss.

Wir können uns auf die Erfahrungen mit den bestehenden sektorspezifischen Krisenbewältigungsinstrumenten stützen, die in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen, einschließlich der zivilen und militärischen Vorsorge, entwickelt wurden, sowie auf den Lehren aus früheren Krisen, wie dem gestärkten EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit, der nach der COVID-19-Pandemie geschaffen wurde, oder den Arbeiten zur Entwicklung medizinischer Gegenmaßnahmen.

Im Rahmen der Strategie für eine Sicherheitsunion hat die EU eine Reihe legislativer und operativer Maßnahmen angenommen, mit denen sie besser für sicherheitspolitische Herausforderungen gerüstet ist als noch vor fünf Jahren. Die Kommission wird eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Umsetzung neuer Rechtsvorschriften sicherzustellen. Dies wird von entscheidender Bedeutung sein, um die Vorsorge für Sicherheitsbedrohungen und Schwachstellen zu gewährleisten.

Die Vorsorge kann jedoch nicht mehr ausschließlich Sache von Regierungen und Institutionen sein. Angesichts der beispiellosen Komplexität und des sektorübergreifenden Charakters der Bedrohungen wird die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Haushalten und gesellschaftlichen Akteuren auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene entscheidend sein, um die Vorsorge der EU zu stärken, neue Fähigkeiten aufzubauen sowie koordiniert, rasch und wirksam auf eine Krisensituation zu reagieren. Neue Initiativen zur Entwicklung von Kompetenzen und Kapazitäten für die Krisenbewältigung, die Sozialpartner, Bildungseinrichtungen und den Privatsektor einbeziehen, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger vorbereitet sind, können hier eine Schlüsselrolle spielen.

Der Aufbau unserer Fähigkeiten, auf Cyberbedrohungen, Gesundheitsgefahren oder Naturkatastrophen zu reagieren, ist ein Belastungstest für unsere Entschlossenheit und unsere Solidarität. Wir können uns vorbereiten, indem wir die Menschen in den Bereichen, in denen es an einschlägigen Fachkenntnissen mangelt, mit den richtigen Kompetenzen ausstatten, z. B. Angehörige der Gesundheitsberufe und Notfalleinsatzkräfte, Cybersicherheitsexperten und Logistikmanager. Auch der Risikosensibilisierung wird eine Schlüsselrolle zukommen, insbesondere im Hinblick auf schutzbedürftige Gruppen.

Aufbauend auf unseren gebündelten bestehenden Kapazitäten werden wir unsere Antizipierungsmaßnahmen stärken, unsere Frühwarn- und Erkennungssysteme verbessern und sektorspezifisch analysieren, wo in der EU Lücken im Bereich der Fähigkeiten bestehen. Die COVID-19-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine haben uns vor Augen geführt, wie Krisen angesichts der umfangreichen Querverbindungen und Interdependenzen kaskadenartig von einem Sektor auf den nächsten übergreifen und daher transsektorale Lösungen und Koordinierungsmaßnahmen – oftmals mit einer internen und externen Dimension – erfordern. Ich bekenne mich zu einem sektorübergreifenden Risikoverständnis und zur Förderung einer vorausschauenden Risikoanalyse und bin entschlossen, dies zum Nutzen unserer Gesellschaft und unserer Bürgerinnen und Bürger in die Tat umzusetzen.

Frage des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

10. Welche Initiativen beabsichtigen Sie zu setzen, um das geschlechtsspezifische Lohn-, Karriere- und Rentengefälle zu beseitigen, die horizontale Segregation zu bekämpfen, Mädchen und Frauen in Ausbildungen und Berufen im MINT-Bereich zu fördern und Diskriminierung jeglicher Art zu verhindern, damit das gesamte Talent und das gesamte Potenzial in der Union genutzt werden können? Aufgrund des geschlechtsspezifischen Lohngefälles sind in der EU Frauen stärker von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht als Männer. Frauen, die pflegebedürftige Angehörige nicht berufsmäßig versorgen, laufen Gefahr, keine formelle Beschäftigung aufnehmen zu können und sind am stärksten von Armut bedroht. Wie gedenken Sie die Arbeitsbedingungen, die Karrieremöglichkeiten und die Weiterqualifizierung von Frauen im Kontext des neuen Rahmens für die Bewältigung der Herausforderungen für Arbeitskräfte in der Langzeitpflege zu verbessern? Wie beabsichtigen Sie in Bezug auf die erste Strategie zur Bekämpfung der Armut, die von dieser Kommission erarbeitet werden soll, dafür zu sorgen, dass Frauen, die sich in besonders prekären Situationen befinden und am stärksten gefährdet sind, wie obdachlose Frauen und alleinerziehende Mütter, durch die neue Strategie erreicht werden?

Gleichberechtigung ist ein Grundwert der EU und ein fester Grundsatz für die gesamte Arbeit, die ich in meiner Funktion verfolgen werde. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten stellen einen Verstoß gegen die Grundrechte dar. Und sie sind auch ein massives wirtschaftliches Hindernis, das Europa insgesamt davon abhält, sein Potenzial voll auszuschöpfen, was sich langfristig auf unsere Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität auswirkt.

Mehrere jüngst ergriffene EU-Maßnahmen bergen ein transformatives Potenzial zur Verbesserung von Alltag und Arbeitsmarktteilhabe von Frauen. Dazu gehören insbesondere die Richtlinien zur Entgelttransparenz, zur ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen, zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und zu angemessenen Mindestlöhnen. Sollte ich als Exekutiv-Vizepräsidentin bestätigt werden, werde ich in enger Zusammenarbeit mit meinen einschlägigen Kollegiumskolleginnen und -kollegen für die ordnungsgemäße Umsetzung dieser Instrumente sorgen und gegebenenfalls die Bemühungen der Mitgliedstaaten unterstützen.

Wenn es darum geht, geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt anzugehen – wie das geschlechtsspezifische Lohn-, Karriere-, Beschäftigungs- und Rentengefälle –, werde ich bei der Ausarbeitung der neuen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter für die Zeit nach 2025 eng mit der für Gleichberechtigung zuständigen Kommissarin zusammenarbeiten, auch im Hinblick auf unsere konkreten Maßnahmen in diesem Bereich. Der neue Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte mit seinen Grundsätzen betreffend die Gleichstellung der Geschlechter, die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben wird in dieser Angelegenheit ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Ungleichgewichte und Stereotypen in Bezug auf Bildung und Karriere beseitigt werden. So wurden im Rahmen der EU-weiten Initiative „Girls Go Circular“ bereits mehr als 47 000 Mädchen in digitalen, unternehmerischen und grünen Kompetenzen geschult – diesen Weg werde ich fortsetzen. Darüber hinaus unterstützen wir durch Erasmus+ auch Projekte, die auf die Überwindung von Hindernissen abzielen, welche Mädchen und Frauen von einer beruflichen Ausbildung im Bereich der Netto-Null-Technologie und in den damit verbundenen Bereichen abhalten. Dies ist äußerst wichtig, da viele der Chancen, die sich aus dem ökologischen und dem digitalen Wandel ergeben, in technischen, traditionell von Männern

dominierten Berufen bestehen, und wir es uns nicht leisten können, die Talente der Hälfte der Bevölkerung ungenutzt zu lassen.

Sollte ich bestätigt werden, werde ich die Geschlechterperspektive in die Kompetenz- und Bildungsinitiativen in meinem Zuständigkeitsbereich einbeziehen. Außerdem werde ich die horizontale Aufgliederung des Arbeitsmarkts angehen. Diese Faktoren sind wichtige Ursachen für das geschlechtsspezifische Lohngefälle. Die Überwindung geschlechtsspezifischer Diskrepanzen in der MINT-Bildung wird eines der Hauptziele des Strategieplans für die Bildung in MINT-Fächern sein. Geeignete Lehr- und Lernmethoden können die Motivation, das Interesse und die Teilnahme aller Lernenden an MINT-Fächern erhöhen. Eine geschlechtersensible Ausbildung von Lehrkräften kann dazu beitragen, institutionelle Hindernisse zu überwinden und einen breiteren Zugang zur MINT-Bildung zu fördern. Initiativen wie „Girls Go Circular“ können durch spezielle Schulungen für MINT-Lehrkräfte weiterentwickelt werden, indem Lehrmittel und Netzwerke zugänglich gemacht und Brücken zwischen Bildung und Industrie geschlagen werden.

Es ist wichtig, die Herausforderungen im Bereich der Gleichstellung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, bei der Ausarbeitung einer EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut zu berücksichtigen. Wollen wir die Lage besonders schutzbedürftiger Gruppen, darunter Obdachlose, alleinerziehende Mütter und Menschen mit Behinderungen, angehen, so müssen wir die grundlegenden Ursachen der Armut angehen. Im Einklang mit dem Paradigma der aktiven Inklusion beabsichtige ich, Faktoren wie unzureichende Einkommen sowie Lücken beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen und essenziellen Dienstleistungen, wie Energie und Verkehr, zu berücksichtigen. Diese Lücken sind häufig geschlechtsspezifisch.

Maßnahmen zur Förderung einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen würden auch dazu beitragen, das geschlechtsspezifische Rentengefälle zu beseitigen, das in erster Linie die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten während des Erwerbslebens und die Umverteilungskapazität unserer Sozialsysteme widerspiegelt. Wir sollten auch weiterhin das Rentengefälle beobachten und dabei strukturellen Ungleichheiten, Diskriminierung und geschlechtsspezifischen Verzerrungen bei der Altersrente besonderes Augenmerk schenken.

Pflege und Betreuung stehen im Mittelpunkt geschlechtsspezifischer Ungleichheiten und sind ein zentraler Bestandteil der Lösung.

Wir sehen eine unverhältnismäßige Belastung durch Betreuungs- und Pflegepflichten, die sich darauf auswirkt, ob und wie Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen können. Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen während des gesamten Lebens zu fördern, müssen wir EU-weit für hochwertige, erschwingliche und zugängliche Betreuungs- und Pflegedienste sorgen und die Situation sowohl für Pflegebedürftige als auch für diejenigen, die sich professionell oder informell um diese kümmern, verbessern. Daher werde ich die Arbeiten an der Umsetzung der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung und insbesondere der Ratsempfehlungen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung sowie zur Langzeitpflege fortsetzen und weiter intensivieren.